

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

63. Sitzung
26. Januar 2026

Beginn: 14.01 Uhr
Schluss: 17.01 Uhr
Vorsitz: Tuba Bozkurt (GRÜNE), stellv. Vorsitzende

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Geschäftliches – siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Damiano Valgolio (LINKE) stellt folgende von seiner Fraktion vorab eingereichte Frage:

„Warum wurde die alte Software für die Gewerbeanmeldung vom Senat ausgeschaltet, bevor die neue Software (Vois Geso) funktionsfähig war, und wie viele unbearbeitete Fälle für Gewerbeanmeldungen sind dadurch in den Bezirken liegen geblieben, obwohl die Anmelder einen Anspruch auf Bearbeitung innerhalb von drei Tagen haben?“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) führt aus, das alte System migewa sei nach fast 30 Jahren technisch überholt und nicht mehr IKT-konform gewesen. Seit Jahresbeginn 2025 habe es keinen Herstellersupport mehr gegeben, was ein erhebliches Sicherheitsrisiko sei. Deshalb habe man eine Umstellung vornehmen müssen. Der Parallelbetrieb des alten und des neuen Systems VOIS|GESO sei technisch und datenschutzrechtlich nicht möglich gewesen, sodass migewa vorher habe abgeschaltet werden müssen. VOIS|GESO sei mit dreijähriger Vorbereitung am 16. Oktober eingeführt worden. Über 700 000 Unternehmensdatensätze hätten übertragen werden müssen. Es sei zu technischen Problemen, teilweise Nutzungsaussetzungen und Bearbeitungsverzögerungen in den Bezirken gekommen. Seit 17. November

laufe das Verfahren überwiegend stabil; kleine Detailfehler würden schrittweise behoben. Die Systemumstellung sei ein Kraftakt in den Gewerbeämtern gewesen. Seit 17. Oktober habe es 10 682 Gewerbeanzeigen gegeben, die entsprechend bearbeitet worden seien; 3 500 seien noch im Prozess. Alle Gewerbetreibenden hätten den Hinweis erhalten, dass ihnen dadurch keinerlei rechtliche Nachteile entstünden, denn Gewerbeanzeigen hätten getätigt werden können, und damit sei die Anzeigepflicht nach der Gewerbeordnung erfüllt. Es habe lediglich einen Nachlauf in der Bearbeitung gegeben. Die Empfangsbestätigung sei kein Verwaltungsakt und keine Voraussetzung für die Ausübung von Gewerbe. Die Kontrollbehörden seien über die Umstellung informiert worden, sodass niemand zu Unrecht belangt worden sei. SenWiEnBe unterstütze die Bezirke zusätzlich mit wöchentlichen Sprechstunden. Die Abstimmung mit ITDZ und Hersteller sei eng, die Fehlerbehebung prioritär, um Bearbeitungsrückstände abzubauen, die Leistung zu steigern und das Fachverfahren dauerhaft zu sichern.

Damiano Valgolio (LINKE) äußert, dass Umstellungsprobleme über mehrere Monate nicht nachvollziehbar seien. Lt. Mitteilungen aus Bezirken von Mitte Dezember würden die Vorgänge noch nicht abgearbeitet. Liefen Gewerbeanmeldungen inzwischen wieder unter Einhaltung der Dreitagefrist, ggf. seit wann, und was sei innerhalb der Frist noch nicht möglich?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erwidert, dass Umstellungsprobleme nicht mehrere Monate gedauert hätten; seit 17. November laufe das Verfahren weitestgehend stabil. Es könne sein, dass in einzelnen Bezirken noch Themen behoben werden müssten, was sukzessive gemacht werde. Die Übertragung der Datensätze sei sehr aufwendig gewesen. Keinem Gewerbetreibenden entstünden rechtliche Nachteile. Dass bei einer Umstellung einzelne Punkte nachgebessert werden müssten, sei normal. Dennoch überwögen die Vorteile der neuen Software. Seit Dezember sei man deutlich weiter gekommen.

Dunja Wolff (SPD) stellt folgende von ihrer Fraktion vorab eingereichte Frage:

„Das Statistische Bundesamt hat eine erste Tourismusbilanz für 2025 veröffentlicht. Wie hat sich der Tourismus im vergangenen Jahr in Berlin entwickelt?“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) legt dar, auch 2025 sei touristisch erfolgreich gewesen. Die offiziellen Jahreszahlen für Berlin vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg würden Ende Februar erwartet. Die amtlichen Zahlen für Januar bis November umfassten 11,4 Mio. Gäste mit 27,1 Mio. Übernachtungen. Dies sei etwas weniger als 2024 mit EM. Im Dezember habe man viele Buchungen verzeichnet. Man werde wieder um 30 Mio. Übernachtungen liegen, was nur zehn Städte weltweit erreichten. Berlin sei weiterhin sehr attraktiv. Die Frage sei, wie man beim wettbewerbsfähigen Tourismus mehr tun könne. Der Senat habe im Dezember einen Beschluss zur eventfreundlichen Metropole Berlin gefasst, um Events und Großveranstaltungen in die Stadt zu holen. Das neue Landesgaststätten-gesetz werde zur Verbesserung der Bedingungen der Gastronomie und damit zum Tourismus beitragen. Im Haushalt seien 3 Mio. Euro zur Verbesserung der Konnektivität Berlins vorgesehen, um internationale Anbindungen zu verbessern und Gäste nach Berlin zu holen. Die Berlin Tourismus & Kongress GmbH konzentriere sich stark auf die Vermarktung des Tourismus in der Stadt. Das Berlin Food Network stehe kurz vor der Vereinsgründung. Etwa 20 Prozent des Budgets gebe ein Tourist für Gastronomie aus. Deshalb seien die Rahmenbedingungen für Restaurants wichtig. Die Reduzierung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie und der Luftverkehrsteuer werde für den Tourismusstandort Berlin positiv wirken.

Christoph Wapler (GRÜNE) stellt für seine Fraktion folgende Frage:

„Wir möchten aus aktuellem Anlass zum Komplex Galeria-Warenhaus am Alex fragen, ob Sie bestätigen können, dass der Bestand bis Sommer gesichert ist. Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen, und was genau ist Gegenstand der Verhandlungen: Miete für die ZLB oder Kauf?“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, der Warenhausstandort und die Arbeitsplätze müssten erhalten bleiben. SenWiEnBe wolle eine Perspektive für Galeria am Alexanderplatz und befürworte eine Kombilösung mit der ZLB, mit der die Attraktivität des Standorts sehr steigen würde. Es stelle sich nach wie vor die Frage nach der Finanzierung. Die BIM habe den Verhandlungsstand mit der Commerz Real in der letzten Woche dargelegt; was im Moment vorliege, sei nicht einlassungsfähig. Die Kosten seien nicht finanzierbar. Den Kauf der Immobilie habe Commerz Real ausgeschlossen. Man rede über Mietvertragskonditionen, die sie nicht im Detail ausführen dürfe. SenKultGZ sei gefordert, eine tragfähige Finanzierung für eine ZLB-Nutzung zu erarbeiten, der das Parlament zustimmen müsse. Eine ZLB-Nutzung würde erst ab 2028 greifen, weil das Gebäude dafür hergerichtet werden müsste. Der Nutzungsvertrag mit Galeria ende am 31. August. SenWiEnBe habe sich für die Verlängerung des Vertrags ausgesprochen. Commerz Real sei bereit, mit Galeria darüber zu verhandeln, mit einem Vertragsende über 2026 hinaus.

Christoph Wapler (GRÜNE) stellt die Nachfrage, wie der Senat bewerte, dass der Galeria-Konzern auch mit dem dritten oder vierten Retter immer noch nicht „aus dem Größten raus“ sei, und ob Schwierigkeiten bei Galeria die Verhandlungen beeinflussen könnten.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) sagt, dass sie die Gesamtlage von Galeria nicht beurteilen könne und dazu von ihren Gesprächspartnern keine Informationen bekommen habe. SenWiEnBe könne dies auch nicht beeinflussen. Der Galeria-Standort am Alexanderplatz sei der umsatz- und frequenzstärkste. Sie setze darauf, dass erst einmal die Verlängerung des Vertrags herbeigeführt werde, damit die Galeria-Mitarbeiter eine Perspektive hätten.

Frank-Christian Hansel (AfD) stellt für seine Fraktion folgende Frage:

„Die Debatte um die Expo 2035 hat eine gewisse Fahrt aufgenommen, nachdem wir gehört haben, dass Präsident Trump so etwas in Miami machen möchte. Gibt es aus Ihrem Hause Überlegungen, das nochmal auf den Tisch des Senats zu bringen?“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist darauf, dass der RBm die Zusammenarbeit mit Brandenburg für wünschenswert halte. Man sollte versuchen, mit Brandenburg gemeinsam einen Weg einzuschlagen und ein Konzept zu entwickeln, auch um einen Gegenpol zu einer Bewerbung aus den USA zu setzen.

Frank-Christian Hansel (AfD) macht geltend, dass sich Expos auf die Innovationskraft von Städten und Metropolen bezögen, nicht auf Regionen. Die Verbindung mit Brandenburg sei immerhin ein gewisser Vorstoß, um das Thema nicht abzuschreiben. Die Wirtschaft sei in Bezug auf die Expo sehr bei der Sache. Sehe die Senatorin hier eine Chance?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) unterstreicht, dass die Expo positive Effekte für die wirtschaftliche Entwicklung Berlins und der Region hätte. Die Expo in Osaka habe am Ende zu schwarzen Zahlen und einem erheblichen wirtschaftlichen Schub geführt. Ein gemeinsames Vorgehen in der Metropolregion mit Brandenburg könnte zu einer Lösung führen, aber dies sei zunächst mit der neuen brandenburgischen Landesregierung zu klären.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0269](#)
Berlin als internationales Zentrum für DeepTech-Unternehmen WiEnBe
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0275](#)
Wie wird Berlin zum Deep Tech Hotspot? – Chancen für Forschung, Innovationstransfer und Translation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft WiEnBe
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [0264](#)
Drucksache 19/2552 WiEnBe
**Gesetz zur Errichtung eines ArbSoz*
Ausbildungsförderungsfonds im Land Berlin** BildJugFam*
Haupt(f)

Dunja Wolff (SPD) führt aus, die Akquisition von Nachwuchs angesichts des Fachkräftemangels sei Anliegen dieses Antrags. Gemeint sei ein gemeinsames Programm der Solidarität und Fairness. Bedenken aus der Wirtschaft, dass dies mehr Bürokratie, aber nicht mehr Ausbildung bedeuten würde, nehme ihre Fraktion ernst. Freiwilligkeit sei schön, man brauche jedoch eine gewisse Zuverlässigkeit. In schulischen Ausbildungsprogrammen müsse mehr getan werden, gleichzeitig sei es wichtig, die Qualifikation in Ausbildungsbetrieben zu fördern. Dazu sollten die finanziellen Mittel mit einem Fonds gestärkt werden. Betriebe, die nicht ausbildeten, aber Fachkräfte benötigten, sollten solidarisch in einen Fonds einzahlen und die Ausbildungsbetriebe damit unterstützen.

Lucas Schaal (CDU) teilt mit, dass seine Fraktion heute zustimmen werde, weil vereinbart sei, dass im Hauptausschuss noch weitere Beratungen stattfänden. Es handele sich um eine

Zustimmung zum Verfahren, nicht um eine Zustimmung in der Sache. Seine Fraktion halte den Antrag aktuell nicht für zustimmungsfähig.

Frank-Christian Hansel (AfD) erklärt, die sog. Ausbildungsplatzabgabe sei kein Beitrag zur Lösung des Fachkräftemangels, sondern ein Eingeständnis politischen Scheiterns. Viele Betriebe könnten wegen Bürokratie, Kostenexplosion, Fachlehrermangel an Berufsschulen und fehlender Ausbildungsreife vieler Bewerber nicht ausbilden. Der Antrag sei wirtschaftsfeindlich, v. a. für KMU. Die Ausbildungsplatzabgabe verschiebe die Verantwortung, statt strukturelle Defizite im Bildungs- und Ausbildungssystem zu beheben. Dies sei kein Reformkonzept, sondern fiskalische Ersatzhandlung. Ökonomisch sei das Instrument kontraproduktiv; große Konzerne zahlten die Abgabe „aus der Portokasse“, während KMU vor der Wahl stünden: zusätzliche Belastung oder Rückzug bei der Ausbildung bzw. Geschäftsaufgabe. Eine Abgabe schaffe keinen zusätzlichen Ausbildungsplatz, sondern Umverteilung, Verwaltung und neue Bürokratie. Ausbildung entstehe nicht durch Strafzahlungen, sondern durch stabile Rahmenbedingungen, Planungssicherheit und ein funktionierendes Bildungssystem. Wer Fachkräfte wolle, müsse Betriebe entlasten, nicht bestrafen. Wer Ausbildung stärken wolle, müsse Berufsschulen stärken, Übergangssysteme reformieren und die Ausbildungsreife erhöhen. Seine Fraktion lehne die Ausbildungsplatzabgabe ab.

Damiano Valgolio (LINKE) signalisiert Zustimmung zum Antrag, der an zwei Punkten verbessert werden könne. Seine Fraktion werde im Hauptausschuss wie zuvor im Ausschuss für Arbeit und Soziales einen Änderungsantrag stellen und schlage vor, den Ausbildungsbetrieben statt der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung die tatsächlichen Ausbildungskosten über die Umlage zu erstatten, um einen Anreiz für die Zahlung einer möglichst hohen Ausbildungsvergütung zu setzen und die Ausbildung damit zu stärken. Der Gesetzentwurf begrenze die Höhe der Umlage über eine Muss-Vorschrift bei 0,5 Prozent der Bruttolohnsumme; seine Fraktion wolle dies in eine Soll-Vorschrift umwandeln, denn es könne Konstellationen geben, in denen man darüber hinausgehen müsse.

Christoph Wapler (GRÜNE) konstatiert, dass die CDU-Fraktion ihren eigenen Antrag nicht für zustimmungsfähig halte. Nicht alle Unternehmen bildeten aus, aber alle Unternehmen profitierten von der Ausbildung. Es sei bedauerlich, dass die Debatte seit Monaten so holzschnittartig geführt werde. Die Formulierung im Koalitionsvertrag sei unglücklich, dass die Ausbildungsumlage als Sanktion komme, wenn nicht 2 000 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen würden, weil es sich um eine solidarische Ausbildungsumlage handele, die ausbildenden Unternehmen zugutekommen solle. Werde in dem Gesetzentwurf das Thema Ausbildungsqualität angesichts hoher Abbruchquoten, insbesondere in Zukunftsbranchen und klimarelevanten Berufen, ausreichend adressiert? Sei dieses Problem in der jetzigen Systematik der Förderung ausreichend abgebildet? Eine Bagatellgrenze für kleine Unternehmen solle bei einer Bruttolohnsumme von fünf Beschäftigten durch Rechtsverordnung festgelegt werden. Wie bewerte SenWiEnBe dies? Wie werde eine „Umverteilung von groß nach klein“ verhindert? Viele in der Start-up-Branche fühlten sich ungerecht behandelt, wenn das duale Studium nicht anerkannt werde. Welche Haltung habe SenWiEnBe dazu?

Martin Trefzer (AfD) kritisiert, dass die CDU-Fraktion dem Gesetzentwurf hier zustimmen wolle, obwohl sie ihn inhaltlich ablehne, und das weitere Vorgehen den Finanzpolitikern im Hauptausschuss überlasse; die inhaltlichen Fragen müssten von den Fachpolitikern beraten werden. Herr Abg. Schaal solle offen benennen, was ihn an dem Gesetzentwurf störe.

Er verweise auf den Appell der Präsidenten und Rektoren der Berliner Hochschulen vom Dezember, die darauf hingewiesen hätten, dass der Gesetzentwurf zu unverhältnismäßigem bürokratischen Aufwand führe und die Hochschulen durch den Gesetzentwurf zu weiterem Studienplatzabbau und zur Einstellung von Ausbildung gezwungen würden; es wäre ökonomischer, die Kosten der Ausbildungsstrukturen einzusparen und stattdessen die Umlage zu zahlen, sodass die Zahl der Ausbildungsplätze eher sinken als steigen würde. Das Ergebnis wäre für den Senat kontraproduktiv. Die Hochschulen lehnten den Gesetzentwurf ab und forderten zumindest die Aufnahme der Hochschulen in die Ausnahmetatbestände. Auf dieser Grundlage könne der Gesetzentwurf nicht verabschiedet werden.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist darauf, dass es sich um eine Initiative aus dem Parlament handle und das Parlament über die Befassung in den Ausschüssen entscheide. Die Ausbildungsqualität sei aus ihrer Sicht an anderer Stelle geregelt. In diesem Gesetz gehe es um eine Erhöhung der Platzzahlen durch die Finanzierung über eine Umlage. Auf Bedenken der Wirtschaft sollte in der weiteren Befassung reagiert werden. Über die Bagatellgrenze, die operative Umsetzung und den Umgang mit kleinen Unternehmen, Start-ups, Medizinbereich und Universitäten werde sicherlich in der weiteren Befassung gesprochen. Es sei aus ihrer Sicht wichtig, besonderen Rahmenbedingungen zu entsprechen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem federführenden Hauptausschuss die Annahme des Antrags – Drucksache 19/2552 – zu empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2303

**Sichere Geh- und Radwege auch im Winter –
Glättechaos beenden, BSR zentral mit dem
Winterdienst auf allen Wegen beauftragen**

[0244](#)
WiEnBe
UK
Mobil(f)

Oda Hassepaß (GRÜNE) schildert, dass die BSR nach einer Umstellungszeit in der Lage wäre, den Winterdienst auf hochfrequentierten Gehwegen und bestimmten Radwegen sowie im Weiteren sukzessive die Koordination in Berlin zu übernehmen. Da die Eigentümer/-innen der Grundstücke ihrer Räumspflicht nicht ausreichend nachkämen, sei es in den letzten Wochen zu vielen Stürzen mit entsprechenden Verletzungen gekommen. Dies sei nicht akzeptabel. Es gehöre zur Fürsorgepflicht einer Regierung, die Schwächsten auf Fuß- und Radwegen zu schützen. Eigentümer/-innen, die ihrer Pflicht nachkämen, könnten den Winterdienst selbstverständlich weiterhin übernehmen. Effektiver und kostengünstiger sei es, ganze Straßenabschnitte oder Bezirke an Winterdienstfirmen zu übergeben. Die BSR hätte mit ihrer Expertise die Möglichkeit, dies zu koordinieren. Es solle möglichst schnell eine pragmatische Lösung gefunden werden, um die Menschen vor Stürzen zu bewahren und die Bewegungsfreiheit in der Stadt, auch für ältere Menschen, zu gewährleisten.

Philipp Bertram (LINKE) erklärt, dass der Antrag nicht zustimmungsfähig sei, da er die Grundstückseigentümer/-innen aus ihrer Pflicht entließe und zu erhöhtem Verwaltungsaufwand führe, wobei der Kontrollaufwand bestehen bliebe. Zudem helfe der Antrag in den Nebenstraßen nicht weiter. Die Frage sei eher mit einer stärkeren Kontrolle und Durchsetzung

der Eigentümerpflichten durch die Ordnungsämter zu beantworten. Darüber sollte man mit den Bezirksämtern beraten. Die Übertragung auf das Landesunternehmen brächte eine Kostensteigerung. Ganze Straßenzüge auf einmal zu räumen, wäre wirtschaftlicher und ökonomischer, allerdings könnten die Eigentümer/-innen Ausnahmen beantragen, sodass das Konzept nicht schlüssig sei.

Dunja Wolff (SPD) plädiert dafür, Eigentümer/-innen und Vermieter/-innen in die Pflicht zu nehmen und die Kosten für Steuerzahler/-innen zu begrenzen. Die BSR habe gerade mehr Mittel zur Müllbeseitigung erhalten. Die Gehwege seien teilweise nicht mit Fahrzeugen zu befahren, sodass die Eigentümer/-innen ihrer Pflicht nachkommen müssten. Der Aufwand stünde nicht im Verhältnis. Sie appelliere an die Eigenverantwortung.

Lucas Schaal (CDU) signalisiert Ablehnung des Antrags. Die politische Verantwortung liege bei den Bezirken, die die Räumspflicht durchsetzen und ggf. Bußgelder erlassen müssten, wenn Eigentümer ihrer Räumspflicht nicht nachkämen. Hier hätten einige Bezirke erheblichen Nachholbedarf. Nur wegen eines Mangels an Kontrolle könne man das System nicht so umbauen, dass alles zentral über die BSR laufe. Dies sei von der Kapazität her nicht zu schaffen.

Oda Hassepaß (GRÜNE) führt an, dass die Eigentümer/-innen ihrer Räumspflicht unterschiedlich nachkämen, sodass man zu Verbesserungen kommen müsse. Die Ordnungsämter hätten nicht genügend Personal, um jede Straße zu kontrollieren. An den Haltestellen habe die BSR die Räumspflicht, was gut funktioniere. Winterdienstfahrzeuge könnten die Gehwege räumen. Es gäbe die Möglichkeit, alles in einer Hand zu koordinieren. Natürlich brauchte die BSR dafür mehr Befugnisse, Personal und Geld. Mieter/-innen zahlten schon jetzt für den Winterdienst, auch wenn dieser gar nicht erfolge. Selbst große Hausverwaltungen sorgten oft nicht für den Winterdienst. Man brauche eine praktikable, schnelle Lösung, um die Menschen zu schützen und auch bei Glätte Mobilität zu ermöglichen. Man könne über mehr Personal für die Ordnungsämter und strengere Ahndung sprechen, damit könnten die Eigentümer/-innen aber nicht schneller in die Verantwortung genommen werden. – Sie beantrage als neuen Berichtstermin den 30. April 2026.

Philipp Bertram (LINKE) hält entgegen, dass die BSR Nebenstraßen weiterhin nicht räumen, sondern private Winterdienstfirmen beauftragen würde, die derzeit vertragliche Bindungen mit Eigentümerinnen/Eigentümern eingingen, diese aber häufig nicht erfüllten, weil es günstiger sei, die wenigen verhängten Bußgelder zu bezahlen. Dieses Problem würde der Antrag nicht lösen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem federführenden Ausschuss für Mobilität und Verkehr die Ablehnung des Antrags – Drucksache 19/2303 – auch mit geändertem Berichtsdatum „30. April 2026“ – zu empfehlen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Zukunft der Messe Berlin

(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0139](#)

WiEnBe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 15.04.2024

Frank-Christian Hansel (AfD) erkundigt sich nach den neuesten Entwicklungen, denn Verhandlungen stünden möglicherweise kurz vor dem Abschluss.

Christoph Wapler (GRÜNE) fragt, wie der Stand beim ICC sei, ob Investoren gefunden worden seien und wie es mit dem Kongressgeschäft und der Halle 9 aussehe.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) antwortet, für das Konzeptverfahren gölten strenge Vertraulichkeitsregularien, sodass sie Details nicht ausbreiten könne. Die Jury arbeite im Dialogprozesses mit einem Bieterkonsortium, dass sich schon mehrfach präsentiert habe und eine weitere Ausarbeitung des Konzepts vornehme. Es liefen umfangreiche Beteiligungsprozesse zum Denkmalschutz, zu Sanierungsnotwendigkeiten und zur verkehrlichen Anbindung. Die drei Teile Parkhaus, ICC und Parkplatz müssten mit einem wirtschaftlichen Nutzungskonzept unterlegt werden. Bis zur Sommerpause solle eine Entscheidung über den Zuschlag getroffen und ein Konzept für das ICC vorgestellt werden. Dazu müsse auch noch eine parlamentarische Befassung stattfinden.

Die Halle 9 solle abgerissen und als moderne, multifunktionale Halle neu gebaut werden. Die Beauftragung des Abrisses und die Verhandlungen mit den Banken zur Finanzierung liefen. Man wolle die Zeit zwischen zwei InnoTrans-Ausstellungen nutzen, weil diese sämtliche Flächen des Messegeländes belege. Der Abriss solle Ende September beginnen. Ziel sei, dass die neue Halle zur nächsten InnoTrans 2028 zur Verfügung stehe.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.